

Aus diesem Grunde hat das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit zusammengetragen, was Jugendliche bewegt, damit die Lebenswelt und Ausdrucksformen der Jugendlichen verständlicher werden.

Im Frühjahr dieses Jahres habe ich mich mit Jugendlichen, Praktikern und Experten der Jugendarbeit zusammengesetzt, um über das hinaus, was wir alle in den Medien tagtäglich lesen, zu erfahren, was bei den jungen Leuten vor sich geht. Ich habe vor Ort mit den jungen Leuten aus der sogenannten alternativen Szene gesprochen, um auch darüber einen persönlichen Eindruck zu gewinnen. Meine Mitarbeiter haben ähnliche Gespräche geführt.

Diese Eindrücke, dazu Informationen aus Gesprächen mit den Jugendverbänden, dem Bundesjugendring et cetera, die Einschätzung von Sachverständigen, insbesondere dem Bundesjugendkuratorium, Beiträge anderer Ministerien und nicht zuletzt neuere Untersuchungen, die im einzelnen in dem Papier genannt werden, haben unser Bild geformt, wir sind zu folgenden Ergebnissen gekommen:

An Themen wie Jugendarbeitslosigkeit, Erhaltung einer lebenswerten Umwelt, Wohnsituation in den Städten, Sicherung des Friedens und Abrüstung nimmt ein großer Teil der jungen Generation Anteil. Bewegungen, die diese Fragen aufgreifen, üben deshalb eine große Anziehungs- und Mobilisierungskraft auf junge Menschen aus.

Wie in anderen Ländern sind Jugendunruhen auch bei uns auf dem Hintergrund von tiefgreifenden Veränderungen im nationalen und internationalen Bereich zu sehen, die auch bei Teilen der erwachsenen Bevölkerung Besorgnisse ausgelöst haben. Junge Menschen in ihrer vielfach ungesicherten und offenen Lebenssituation nehmen einen solchen Wandel der Lebensbedingungen stärker und bedrückender wahr. Friedenssicherung, Umwelterhaltung, Erhaltung von Arbeitsplätzen zum Beispiel haben für sie einen noch größeren Stellenwert als für Erwachsene.

Die Arbeit hebt einige Besonderheiten hervor, die die heutige junge Generation von früheren Generationen unterscheiden.

Dazu gehört, daß

- die heute 20jährigen ihre Kindheit in Zeiten relativ stabilen Wohlstands und äußeren Friedens verbracht haben und in ihrem subjektiven Anspruchsniveau nachhaltig davon beeinflusst worden sind.
- Bildung und Ausbildung quantitativ und qualitativ an Bedeutung zugenommen und mehr junge Menschen als je zuvor eine qualifizierte Schul- und Berufsausbildung erhalten haben.
- Veränderungen in der Familienstruktur eingetreten sind (Zunahme der Ein-Kind-Familien und der unvollständigen Familien, sowie der Familien, in denen beide Elternteile berufstätig sind), sowie im Familienleben selbst (Mangel an Zeit füreinander) - Isolierung der Großelterngeneration).
- Die Jugendlichen von heute in einer Zeit aufgewachsen sind, in der der Medienkonsum ständig angewachsen ist und eine viel bedeutendere Rolle spielt als für die vorhergehende Generation.



Aus diesen Gründen kann Jugendpolitik sich nicht auf Erziehungs- und Bildungsprobleme beschränken. Es ist vielmehr eine dringende jugendpolitische Aufgabe, in allen Bereichen der Politik die Auswirkungen von Entscheidungen auf die jungen Menschen und ihre Zukunft zu bedenken.

In den jugendpolitischen Diskussionen der letzten Monate ist häufig die Forderung nach einem neuen Dialog mit der Jugend erhoben worden. Ich halte es für wichtig, daß sich alle gesellschaftlichen Kräfte hieran beteiligen.

Die "Stichworte zum Dialog mit der Jugend", die die Eidgenössische Kommission für Jugendfragen im September herausgegeben hat, halte ich wie auch die vorangegangenen "Thesen zu den Jugendunruhen 1980" dabei für hilfreich.

Ich hoffe, daß intensivere Gespräche und glaubwürdiges Handeln dazu führen, daß wieder mehr junge Menschen einen Sinn darin sehen, sich politisch zu engagieren und nach mehrheitlich akzeptablen Problemlösungen zu suchen und für sie einzutreten, auch wo sie schwierig sind.

Besondere Probleme wirft die Situation der ausländischen Jugendlichen auf. Neben der Verbesserung ihrer Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten brauchen sie mehr Kontakte mit gleichaltrigen Deutschen. Ein Appell geht deshalb an die jungen Deutschen, ihren ausländischen Kollegen und Altersgenossen Solidarität und praktische Hilfe zukommen zu lassen.

Protestaktionen und Demonstrationen junger Menschen haben in jüngster Zeit zunehmend zu gewalttätigen Auseinandersetzungen geführt. Gewaltanwendung gegen Personen und Sachen, daran darf kein Zweifel bestehen, muß entschieden verurteilt werden. Die Bereitschaft junger Menschen zur Gewaltanwendung wird jedoch häufig überschätzt. Die überwältigende Mehrheit der jungen Menschen lehnt Gewalt ab - selbst als letztes Mittel politischer Auseinandersetzung -. Je glaubwürdiger die Politik die Anliegen der Jugendlichen aufgreift, desto wirksamer wird der Gewalttätigkeit, aber auch Zweifeln und Resignation der Boden entzogen.

Darstellung und Berichterstattung über die neuen Jugendbewegungen und ihre Erscheinungsformen sollten vorschnelle Pauschalurteile über "die" Jugend vermeiden und einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion und zur Verständigung zwischen den Generationen leisten. Ein sehr großer Teil der Jugendlichen zeigt in vielerlei Aktivitäten ein beeindruckendes humanes und soziales Engagement.

Beim Jugendprotest und seiner Resonanz in der Bevölkerung geht es letztlich nicht nur um Probleme von Jugendlichen, es geht um die Gestaltung der Zukunft in unserem Lande.

(-/26.11.1981/ks/ca)

+ + +



Unbefriedigende Position

Europaparlament muß den Ministerrat in der zweiten Haushaltslesung korrigieren

Von Piet Dankert MdEP

Obmann der Sozialistischen EP-Fraktion für Haushaltsfragen

Die Position des EG-Ministerrates zum Haushaltsentwurf 1982 ist für uns Sozialisten unbefriedigend. Die Mittel, die der Rat für Energie-, Industrie- und Entwicklungspolitik vorsehen will, sind völlig unzureichend. Auch die Beschlüsse zur Regional- und Sozialpolitik entsprechen nicht den Forderungen der Sozialistischen Fraktion.

Erfreulicherweise hat der Rat unsere Kürzung der Währungsausgleichsbeträge um 372 Millionen ERE akzeptiert; zugleich aber neue 150 Millionen eingesetzt. Das bedeutet, daß 1982 im Agrarbereich stille Reserven eingeplant sind.

Ebenso begrüßen wir es, daß der Rat entsprechend unserer Meinung die Einordnung der Ausgaben im Stahlbereich als nichtobligatorisch anerkannt hat. Damit kann das Parlament im Dezember den Haushaltsansatz wieder herstellen, und der Rat hat für den 8. Dezember die entsprechende politische Entscheidung zugesagt.

Daß der Rat die Mittel für Nordirland nicht bewilligen will, ist formal richtig - hat es doch die Kommission versäumt, einen Vorschlag vorzulegen.

Ein wesentlicher politischer Erfolg der Sozialistischen Fraktion ist die Zustimmung des Rates für die Blockierung der zusätzlichen Türkei-Hilfe. Die Initiative meines Freundes Ove Fich, die wir zusammen im Haushaltsausschuß ergriffen haben, und der Sozialistischen Fraktion in der ersten Haushaltslesung - für die wir in Ausschuß und Plenum die Mehrheit gewinnen konnten - ist auf der gesamten Linie erfolgreich gewesen.

(-/26.11.1981/vo-he/ca)



Ende eines Justizskandals?

Die justizielle Rechtfertigung des blinden Dreinschlagens ist gescheitert

Von Karl-Heinz Hiersemann

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Der erste Prozeß gegen zehn Betroffene der Nürnberger Massenverhaftung vom März dieses Jahres ist geplatzt. Der Vorsitzende Richter der 13. Strafkammer beim Landgericht Nürnberg-Fürth verkündete am Dienstagmorgen: "Die Hauptverhandlung wird ausgesetzt." Der Hintergrund: Erst lange nach Prozeßbeginn und auf nachhaltiges Drängen der Verteidigung hin hatte die anklagende Staatsanwaltschaft Vernehmungsprotokolle "gefunden" und vorgelegt, von denen das Gericht nun sagt, sie seien "wesentlich zur Beurteilung des gesamten Schuldvorwurfs". Jetzt behält sich das Gericht vor, "geeignete Nachermittlungen anzuordnen" und der Verteidigung "nachträglich weiteres rechtliches Gehör" zu gewähren.

Die Nürnberger Justiz steht vor einem Scherbenhaufen. Wenn es ihr mit dem Aussetzungsbeschuß auch nicht gelungen ist, die Scherben wegzuräumen, so haben Gericht und vor allem Staatsanwaltschaft nun wenigstens eine Denkpause. Leider sprechen alle bisherigen Erfahrungen gegen die Hoffnung, daß dem für die Staatsanwaltschaft und die damaligen Ermittlungsrichter blamablen Spuk ein nicht nur vorläufiges Ende bereitet wird.

Zuviel unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkte äußerst Bedenkliches ist seit dem 6. März geschehen, angefangen von der Fließbandproduktion von Haftbefehlen über eine unzureichende pauschalierende Anklage bis hin zur Ablehnung eines geradezu klassischen Befangenhheitsantrages. Die Nürnberger Justiz hat kaum eine Gelegenheit ausgelassen, den ersten - schlimmen - Eindruck nach den Massenverhaftungen zu bestätigen. Es sollte ein Exempel statuiert werden. "Flagge zeigen" war die Parole, die Bayerns Innenminister Tandler ebenso wie sein Mentor Strauß noch wenige Tage vor dem 6. März ausgegeben hatte. Zur Massenverhaftung mit all ihren Begleiterscheinungen berichtet das Bulletin der Bayerischen Staatsregierung am 10. März aus der Ministerratssitzung des gleichen Tages: "Die Staatsregierung billigt ausdrücklich das Vorgehen von Polizei und Justiz in Nürnberg". Die Justiz in Nürnberg hat - egal ob bewußt oder unbewußt - diese "lobende Aufforderung" umgesetzt in den Versuch, mit Hilfe des Prozesses das blinde Dreinschlagen vom März 1981 nachträglich justiziell zu rechtfertigen. Das ist nun gescheitert. Spätestens jetzt ist jedem klar, daß es in Nürnberg nicht mit rechten Dingen zugegangen ist. Ein Ende des Justizskandals ist dennoch nicht in Sicht.

Die Verteidigung im ersten - jetzt ausgesetzten - Prozeß behauptete jetzt: Keiner der damals Haftbefehle im Blitzverfahren ausstellenden Ermittlungsrichter könne sich daran erinnern, bei der Massenverhaftung auf - schon damals aufgenommene - Vernehmungsprotokolle von Polizeizeugen zurückgegriffen zu haben. Wenn dies zutrifft, fehlt der Behauptung, es habe doch eine Einzelprüfung stattgefunden, auch die letzte noch denkbare Grundlage. Die Aussetzung der Hauptverhandlung unterbricht den Angriff auf den Rechtsstaat, sie macht ihn nicht ungeschehen. Sie kann nur als ein erster Schritt gesehen werden, dem fatalen Verdacht, daß hier aus "übergeordneten" politischen Gründen die Wahrheitsfindung manipuliert werden sollte, weitere Nahrung zu entziehen.

Die jetzt verfügte Abgabe der Anklagevertretung an die Staatsanwaltschaft Regensburg ist ein sehr später aber richtiger Schritt. Er entspricht der bereits vor Monaten erhobenen Forderung der Sozialdemokraten, das Verfahren nicht in Nürnberg auszutragen, weil dort wahrhaftig niemand unbefangen an den Rechtsstreit gehen kann.

(-/26.11.1981/hi/oa)



FEHLANZEIGE

JAHRGANG

36.

ZEITUNGSNUMMER

226

DATUM

26.	11.	81
-----	-----	----

SEITE

5

Zick-Zack-Kurs

Der Union dämmert, daß in der Außenpolitik der Zug ohne sie abgefahren ist

Von Knut Terjung

Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

In wenigen Tagen beginnen in Genf die Verhandlungen zwischen den beiden Weltmächten USA und UdSSR über die Verminderung nuklearer Mittelstreckenwaffen in Europa. Der gestern zu Ende gegangene Besuch des sowjetischen Staatspräsidenten Leonid Breschnew und seiner Delegation in der Bundesrepublik Deutschland war ein wichtiger Schritt auf diesem Wege dorthin. Niemand konnte erwarten, daß die gegensätzlichen Standpunkte, wie sie von Bundeskanzler Helmut Schmidt und Leonid Breschnew zum Ausdruck gebracht worden sind, in den wenigen Tagen des Besuchs etwa ausgeräumt würden oder es gar bereits im Vorfeld der nicht nur für unser Volk so wichtigen Verhandlungen in Genf zu konkreten Ergebnissen kommen könnte. Was jedoch bleibt, ist die positive Wirkung, die von der insgesamt guten Atmosphäre des Besuchs und den in sehr großer Offenheit geführten Gesprächen ausgehen kann. Sie geben zu der Hoffnung Anlaß, daß es zwischen den beiden Supermächten nicht nur zu ernsthaften Verhandlungen, sondern auch zu konkreten Verhandlungs-Ergebnissen kommt.

Von daher wollte nicht einmal mehr der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl ausschließen, daß "der gegenseitige Meinungsaustausch eine Woche vor dem Beginn der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über den Abbau von Mittelstreckenwaffen in Europa in Genf... nützlich gewesen sein (kann)" (CDU/CSU-Pressemitteilung vom 25.11.1981).

Wäre es allerdings nach der Opposition gegangen, so hätte der Besuch des sowjetischen Staatspräsidenten in Bonn nie stattgefunden; denn in den vergangenen Monaten haben Unionspolitiker kaum eine Gelegenheit ausgelassen, in der einen oder anderen Form gegen das Treffen Schmidt-Breschnew zu polemisieren und es - mit zum Teil diffamierenden Unterstellungen gegenüber der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien - als abträglich und gefährlich für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland hinzustellen:

- o "Ich kann mich aufgrund jahrelanger Beobachtungen der sowjetischen Strategie und Taktik des Eindrucks nicht erwehren, daß der populäre Gedanke einer Begegnung der führenden Politiker der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland jetzt erniedrigt werden soll zu einer propagandistisch-psychologischen Offensive gegen unsere eindeutige Treue zum atlantischen Bündnis und zur deutsch-amerikanischen Freundschaft... Ich bestreite es, daß dieser Staatsbesuch auf so hoher Ebene, der ja ganz offensichtlich Teil einer allgemeinen Kampagne ist, in der jetzigen Situation nützlich ist." (Alois Mertes am 7. April 1981 im Deutschlandfunk)
- o "Die Antwort liegt auf der Hand. Die Sowjets haben herausgefunden, daß die jetzige Bundesregierung außen- und sicherheitspolitisch labil geworden ist und namentlich die SPD mehr und mehr auf den Kurs Moskaus einschwenkt... Egon Bahr hat vorher schon die Weichen gestellt und das Terrain für die Breschnew-Visite vorbereitet. Die SPD will mit Breschnew ein Festival nach Art des "Forums Frieden" veranstalten... Breschnew wird die SPD für seine Zwecke einsetzen... Die Sowjets werden einen Katalog von Abrüstungsvorschlägen vorlegen, Verhandlungen über alles und jedes anbieten und vermutlich parallel zum Besuch einige spektakuläre Abrüstungsmaßnahmen oder Truppenverschiebungen durchführen. Diese Manöver dienen jedoch nur dem einen Ziel, die Nachrüstung der NATO zu verhindern, Zwietracht im westlichen Bündnissystem zu säen und langfristig die Abkoppelung der Verteidigungsinteressen der Westeuropäer von den USA vorzubereiten... Die Bundesregierung ist zu einem Unsicherheitsfaktor des westlichen Verteidigungsbündnisses geworden. Die Sowjets sehen das und konzentrieren sich auf die Bundesrepublik Deutschland." (Friedrich Zimmermann in "Westfälische Nachrichten" vom 5. September 1981)
- o "Die Bilder von Breschnew in Bonn werden sicher in Presse und Fernsehen der USA erscheinen. Da wird unwillkürlich von der amerikanischen Bevölkerung ein Zusammenhang mit den anti-amerikanischen Demonstrationen bei uns gesehen werden. Das ist keine gute Entwicklung". (Friedrich Zimmermann in der "Nordwest-Zeitung" vom 21. November 1981)
- o "Breschnew verfolgt bei seinem Besuch zwei Hauptziele. Er will verhindern, daß das atomare Gleichgewicht in Europa wiederhergestellt wird, und er will die Bundeswehr

schwächen". (Franz Ludwig Graf Stauffenberg, CSU-Press-Mitteilung vom 16. November 1981)

Auch Franz Josef Strauß hielt es noch wenige Tage vor den Gesprächen für geboten, eindringlich vor den "Risiken" dieses Besuches zu warnen. In einem Gespräch mit der "Welt" erklärte er, Bonn sei "zur Zeit für Breschnew der günstigste Anlaufpunkt für seine Politik". Es wachse die Gefahr, "daß Bonn anfällig wird für die sowjetischen Einflüsterungen und Drohungen, um gegenüber beunruhigten Bürgern mit außen- und sicherheitspolitischen Scheinerfolgen aufwarten zu können, die in Wirklichkeit Moskau den Hebel liefern, die atlantische Verteidigungsgemeinschaft von innen her aufzubrechen" (Die Welt vom 14./15. November 1981).

Angesichts der eindeutig negativen Haltung, die die Union gegenüber der deutsch-sowjetischen Begegnung eingenommen hat, bleibt geheimnisvoll, in wessen Namen Walter Leisler Kiep eigentlich gesprochen hat, als er den Breschnew-Besuch ausdrücklich begrüßte, wörtlich: "den wir (!) begrüßen und den wir in der gegenwärtigen Weltlage für wichtig halten" (Süddeutscher Rundfunk vom 22. November 1981).

Aber auch in anderer Hinsicht setzte sich Walter Leisler Kiep - in durchaus wohltuenden - Widerspruch zu seinen Unionskollegen. Das Bemühen von Bundeskanzler Helmut Schmidt, bei den Gesprächen mit Breschnew gewissermaßen als Dolmetscher und ehrlicher Interpret im mühsam wieder in Gang gekommenen Ost-West-Dialog zu wirken, versah Alfred Dregger mit der zynischen Bemerkung: "Chefdolmetscher der Nation" (Kölner Express vom 26. November 1981). Auch Rainer Barzel war der Meinung, daß es in dem schwierigen Verständigungsprozess zwischen den beiden Weltmächten keines Dolmetschers bedürfe: "Ich glaube, daß man die deutsche Rolle hier ein bißchen überschätzt, ob man das nun Interpret oder Dolmetscher nennt" (Deutschlandfunk vom 23. November 1981).

"Der deutsche Bundeskanzler ist weder zum Interpretieren noch zum Dolmetscher berufen" (Friedrich Zimmermann in der "Nordwest-Zeitung" vom 21. November 1981).

Franz Josef Strauß bezeichnete die Bemühungen Helmut Schmidts als "Anflug von Größenwahn" ("Die Welt" vom 14./15. November 1981) und "wilhelminisches Gehabe" im Stile eines "Bismarck-Verschnitts" (Reuters vom 23. November 1981)

Dagegen Walter Leisler Kiep: "Dolmetscher, meine ich, das heißt, Vertretung der Meinung des Verhandlungsführers USA durch einen deutschen Bundeskanzler in dieser Lage halte ich für eine nützliche Tätigkeit" (Süddeutscher Rundfunk vom 22. November 1981).

Doch damit nicht genug der Widersprüche. Franz Josef Strauß, der noch zuvor erklärt hatte, daß er von dem Besuch des sowjetischen Staats- und Parteichefs "gar nichts" erwarte, da dieser für die Sowjets allenfalls strategische oder psychologische Bedeutung habe, bei dem lediglich "vielleicht Hoffnungen erweckt" oder "hintergründige Drohungen" ausgestoßen würden (Reuters vom 23. November 1981), befand im Nachhinein: "Aber es war trotzdem gut, mit ihm gesprochen zu haben" (so am 24. November 1981 im Westdeutschen Rundfunk). Allerdings wollte Strauß dies nicht auf das Treffen Schmidt-Breschnew, sondern auf sein Gespräch mit dem Sowjetführer gemünzt wissen, wie der bayerische CSU-Vorsitzende überhaupt augenscheinlich jammert, daß auch dieses Mal keine Einladung zu einem Besuch in Moskau an ihn ergangen ist. Strauß in seiner Antwort auf eine ihm willkommene Frage der Bild-Zeitung: "Aber es wäre nützlich, mit den Sowjets einmal länger zu reden - sei es in Moskau oder in Bonn" ("Bild" vom 25. November 1981) Merke: Wenn die Bundesregierung mit sowjetischen Staatsführern spricht, so ist dies schädlich und gefährlich, wenn Franz Josef Strauß dies tut, so ist dies "nützlich". Anflug von Größenwahn und "Großmannssucht" (Strauß über Schmidt) bei wem?

Wie sehr sich die Opposition gerade in der Außen- und Sicherheitspolitik auf Schlingenkurs befindet, zeigt sich besonders deutlich an den nunmehr endgültig stattfindenden Verhandlungen über die atomaren Mittelstreckenwaffen. Über Monate hinweg haben Unionspolitiker den "NATO-Doppelbeschuß" auf einen reinen "Nachrüstungsbeschuß" zu reduzieren und Verhandlungen jeglicher Art zu desavouieren versucht.

Verhandlungen, so Oppositionsführer Helmut Kohl, könnten kein Ersatz für nukleare Abschreckung sein ("Neue Osnabrücker Zeitung" vom 27. März 1981).

"An der notwendigen Nachrüstung des Westens mit modernen Mittelstreckenwaffen führt kein Weg vorbei" (Friedrich Zimmermann im Bayernkurier vom 2. April 1981).

"Die Unionsparteien stehen ohne Wenn und Aber zum Vollzug des Nachrüstungsbeschlusses" (Franz Josef Strauß in der Wirtschaftswoche vom 12. Juni 1981). Auf dem CSU-Parteitag Anfang Juli dieses Jahres bezeichnete derselbe das Verhandlungselement im Doppelbeschuß als einen "Geburtsfehler" und "in der Sache unlogisch". Auf der Jahreskonferenz der Nordatlantischen Versammlung im Oktober in München rief er dazu auf, die westliche Nachrüstung im Bereich der atomaren Mittelstreckenraketen ungeachtet der am 30. November beginnenden sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen sobald wie möglich zu realisieren. Er fordert, "die Nachrüstung wie beschlossen durchzuführen, sobald die technische Entwicklung abgeschlossen ist" (nachzulesen in der "Welt" vom 17./18. Oktober 1981).

Im Rahmen der im Mai der Öffentlichkeit vorgelegten "Argumente" "zur aktuellen Friedensdiskussion" der CDU-Führung kamen Verhandlungen ebenfalls überhaupt nicht vor. Erst später wurde in einer Neuaufgabe klammheimlich wenigstens ein "Bekenntnis" der Union zum Doppelbeschuß "in seinen beiden Teilen" nachgeschoben.

Zu dem Passus, "daß der Westen den Bedarf an Mittelstreckenwaffen der NATO im Lichte konkreter Verhandlungsergebnisse prüfen wird", den die Koalition fast wörtlich aus dem NATO-Doppelbeschuß für ihren am 26. Mai 1981 gegen die Stimmen der Union verabschiedeten Antrag übernommen hatte, erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU, Philipp Jenninger, am 25. Mai 1981: "Das ist eine Verwässerung, das können wir in der Form nicht akzeptieren" (Deutscher Depeschen Dienst vom 25. Mai 1981). Die Opposition korrigierte sich erst, nachdem sie gewahrt geworden war, welche peinliche Fehlleistung ihr dabei unterlaufen war.

"Wir müssen diesen Aberglauben einmal fallen lassen, als ob Verhandlungen in sich bereits ein Fortschritt wären" (Alois Mertens am 7. April 1981 im Deutschlandfunk). Der außenpolitische Sprecher der CDU lieferte auch - und zwar mehrfach - die Begründung für die eher negative Haltung der Union gegenüber Verhandlungen. Er sprach von dem "jahrelangen Mißbrauch westlicher Verhandlungs- und Begrenzungsbereitschaft durch eine sowjetische Strategie globaler Machtausweitung und militärischer Überlegenheit" (Deutschland-Union-Dienst vom 16. Februar 1981), um dem hinzuzufügen: "Leider - und das muß man sagen - ist die Zeit und Erwartung von Verhandlungen von sowjetischer Seite immer wieder mißbraucht worden, um notwendige westliche Nachrüstungen und Anstrengungen einzuschläfern" (so Mertens im Deutschlandfunk am 7. April 1981).

Wenn man der Gegenseite von vorn herein betrügerische Absichten unterstellt, dann machen Verhandlungen tatsächlich wenig Sinn, und wenn Alois Mertens solche oder ähnliche Äußerungen über Verhandlungen in seiner Funktion als "außenpolitischer Sprecher der CDU" macht, so muß man doch voll davon ausgehen, daß diese offiziellen Charakter haben und die allgemeine Meinung der CDU darstellen.

Als der SPD-Vorsitzende Willy Brandt, Hans Jürgen Wischniewski, Egon Bahr und Bundeskanzler Helmut Schmidt die "Null-Lösung" als Verhandlungsziel bei den atomaren Mittelstreckenraketen proklamierten, wurden sie von Oppositionspolitikern mit Spott und Hohn überzogen.

"Diese Null-Optionäre" (Franz Josef Strauß am 5. Juli in "Bild am Sonntag").

"Wenn Brandt von einer Null-Option spricht in dem Sinne, daß die Sowjets ihre installierten Mittelstreckenraketen demontieren, zerstören, den ursprünglichen Zustand wieder herstellen, dann glaube ich, daß bei ihm Wunschtraum und Phantasie seinen Verstand verdrängt haben" (Strauß am 5. Juli im Deutschlandfunk).

"Herr Genscher, wir sollten aufhören, uns in Wunschträume mit Null-Optionen zu ergehen..." (Strauß am 17. September 1981 im Deutschen Bundestag).

Nachdem der amerikanische Präsident Reagan die Null-Lösung für die nuklearen Mittelstreckenraketen in sein Abrüstungsverhandlungsprogramm aufgenommen hat, liest sich das - zumindest bei einigen Unionspolitikern - plötzlich alles ganz anders:

o "CDU und CSU begrüßen vor allem, daß sich der amerikanische Präsident nicht auf allgemeine Absichtserklärungen beschränkt hat, sondern für alle Rüstungsbereiche konkrete und substantielle Vorschläge öffentlich unterbreitet hat" (Helmut Kohl, CDU/CSU-Pressemitteilung vom 19. November 1981).

o "Alle Gesprächspartner von Herrn Breschnew müssen die von Präsident Reagan gestern vorgeschlagene Nulllösung unterstützen" (Manfred Wörner im Deutschland-Union-Dienst vom 19. November 1981).

o "Zunächst einmal glaube ich, daß die Null-Option in unserem Verständnis, das heißt Verzicht auf Nachrüstungsbeschlußdurchführung auf unserer Seite, Bereitschaft zum Abbau SS 2o auf sowjetischer Seite, ein Idealergebnis der beginnenden Verhandlungen wäre und insoweit absolut als Verhandlungsziel sinnvoll erscheint. Daß sich die Vereinigten Staaten nunmehr in aller Form öffentlich diese Vorstellungen zu eigen gemacht haben und damit im Bündnis eine lückenlose Übereinstimmung im Verhandlungsziel besteht, halte ich für eine gute Ausgangsposition für die Gespräche... Und in der Tat wäre das Erreichen dieses Zieles gewissermaßen ein Durchbruch, ein Durchbruch, der zusätzliche Rüstung verhindert und vorhandene Rüstung, die wir als Ungleichgewicht und Bedrohung empfinden, abbaut." (Walter Leisler Kiep am 22. November 1981 im Süddeutschen Rundfunk).

Demgegenüber ist die CSU offensichtlich gewillt, ihren alten, einseitig auf Rüstung abzielenden Kurs unverändert beizubehalten:

o Franz Josef Strauß hält die Nulllösung auch nach den amerikanischen Vorschlägen für "baren Unsinn" (Reuters-Meldung vom 23. November 1981).

o "Die vielgenannte 'Null-Lösung' ist eine tückische Formel, weil jeder darunter etwas anderes versteht und sich trefflich darüber debattieren läßt". Die Bundesregierung greife "nach der zweifelhaften Formel von der 'Null-Lösung' wie der Ertrinkende nach dem Strohalm" (Friedrich Zimmermann in der "Augsburger Allgemeinen Zeitung" vom 20.11.81).

Die Wahrheit indessen ist vielmehr, daß zumindest die Führungspolitiker der CSU in Wahrheit gar keine Null-Lösung, das heißt den vollständigen Abbau der atomaren Mittelstreckenwaffen in Europa wünschen.

Für Friedrich Zimmermann ist es das Problem, "daß die Bundesrepublik Deutschland ohne Atomwaffen bei der riesigen konventionellen Überlegenheit der Sowjetunion im Ernstfall nicht erfolgreich verteidigt werden kann. Noch nicht einmal theoretisch, was im Zeitalter der modernen Kriegsführung von erheblicher politischer Bedeutung ist" (in der "Augsburger Allgemeinen Zeitung" vom 20. November 1981).

"Sicherheitspolitik sei heute nur noch als Abschreckungsstrategie vorstellbar, meinte Strauß... Der Redner kam zu dem kühnen Schluß, daß heute gar nicht mehr auf die Atomwaffen verzichtet werden könne... Es sei nicht von ungefähr, daß außerhalb Europas seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs die Menschen mehr als hundert Kriege durchlitten hätten, in Europa aber, wo Tausende von Atombomben stationiert seien, kein Schuß gefallen sei" (Bericht der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 5. November 1981 über ein internationales Symposium für Strategie und Politik der CSU-nahen Hans-Seidel-Stiftung in München).

Fazit: Die sozial-liberale Regierung unter der Führung von Bundeskanzler Helmut Schmidt hat mit ihren erfolgreichen Bemühungen um Verhandlungen über die atomaren Mittelstreckenwaffen wie auch mit der Einladung und dem Besuch des sowjetischen Staatspräsidenten Leonid Breschnew ihre außenpolitische Linie zur Friedenssicherung kontinuierlich fortgesetzt. Sie hat damit nicht nur ihren Beitrag zur Friedenssicherung geleistet, sondern auch einmal mehr ihre außenpolitische Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt.

Demgegenüber sieht die Bilanz der Opposition düster aus. Sie ist in der Sicherheits- und Friedenspolitik in tiefgreifende Widersprüche verwickelt und im Moment nur noch in der Lage, einen völlig desolat wirkenden Zick-Zack-Kurs zu steuern. Sie muß die schmerzliche Erfahrung machen, daß der Zug in der Außen- und Weltpolitik wieder einmal ohne sie abgefahren ist. Einigen führenden Unionspolitikern scheint dies inzwischen zu dämmern, und deswegen sind sie darum bemüht, noch rasch nachträglich auf den bereits abgefahrenen Zug zu springen. Dann sollten sie allerdings auch den Mut aufbringen, einzugestehen, daß sie sich mit der von der Opposition in den vergangenen Monaten betriebenen beziehungsweise angestrebten Außen- und Sicherheitspolitik auf einem falschen Gleis befunden haben und nicht den eher peinlich wirkenden Versuch machen, die Politik der Bundesregierung und der sie tragenden sozial-liberalen Koalition plötzlich die Entdeckung durch angebliche Gemeinsamkeiten mit dem Bundeskanzler Helmut Schmidt für sich zu reklamieren. Die Opposition wird ihre Glaubwürdigkeit nur dann zurückgewinnen können, wenn sie sich nicht nur zu einer verbalen, sondern zu einer substantiellen Kursänderung durchzuringen vermag. Dazu ist sie aufgefordert.

(-/26.11.1981/hi/ca)